

Politiken für eine "Just Transition"-Governance - Vorstellung einer Fallstudie aus dem rheinischen Braunkohlerevier

Lisa Kolde, e-mail: lisa.kolde@wupperinst.org und
Oliver Wagner, e-mail: oliver.wagner@wupperinst.org

beide Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie
Döppersberg 19, 42103 Wuppertal, Germany

Vorschlag für: Track #2: Menschen mobilisieren, Interessen organisieren
alternativ: Track #7: Grenzen des Wachstums: globale Probleme – lokale Lösungen

ABSTRACT

Viele Regionen in Europa und anderen Teilen der Welt befinden sich in einem bedeutenden Strukturwandel. Vor allem die Kohleregionen, die jahrzehntlang selbstbewusste Industriezentren waren und als Rückgrat des nationalen Wohlstands galten, fühlen sich heute vielerorts im Stich gelassen (Mustata, 2017). Familien, die über mehrere Generationen hinweg im Bergbau tätig und die Garanten für Wachstum und Wohlstand eines Landes waren, fürchten um ihre Zukunft, weil Kohle durch die nationalen Klimaschutzpolitiken und die zunehmende Wettbewerbsfähigkeit der erneuerbaren Energien an Bedeutung verliert. Aus diesem Grund ist es wichtig, dass soziale Aspekte bei der Verfolgung des im Pariser Klimaabkommen von 2015 vereinbarten Weges zur Emissionsreduktion ausreichend berücksichtigt werden. Denn die anstehenden und laufenden Transformationsprozesse bedeuten einen großen Wandel in den Gesellschaften, in der Arbeitswelt, in der Beschäftigung und für den Alltag vieler Familien (Rosemberg, 2017).

Das Verständnis dieser Auswirkungen und vor allem die Milderung von Härtefällen sind entscheidend, um die Unterstützung der Menschen für den Klimaschutz zu erhalten beziehungsweise zu gewinnen. Es ist daher nicht verwunderlich, dass das gewerkschaftliche Interesse am Thema "Klimaschutz" in den letzten Jahren deutlich zugenommen hat. Ein Beleg dafür ist, dass Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter eine internationale Gruppe zum Klimawandel gegründet haben und sich die Zahl der Gewerkschaftsdelegierten bei UN-Klimakonferenzen vervierfacht hat. Die internationale Gewerkschaftsbewegung hat erkannt wie wichtig es ist, Solidarität, Entwicklung und Gerechtigkeit in die globale Debatte über den Klimawandel einzubringen (Rosemberg, 2010). Vor diesem Hintergrund lässt sich das Konzept eines "gerechten Übergangs" als eine Strategie beschreiben, bei der die Interessen der potenziellen Verlierer eines Übergangs frühzeitig berücksichtigt werden, so dass ihre Arbeitsplätze, Einkommen und Lebensgrundlagen nicht oder zumindest weniger gefährdet sind. Das Konzept bietet somit den Vorteil, die Folgen einer notwendigen Klimaschutzpolitik bewältigen zu können, um mit den am stärksten betroffenen Arbeitnehmern und Gemeinden in Kontakt zu treten und ihnen eine aktive Rolle bei der positiven Gestaltung ihrer eigenen Zukunft zu geben (Rosemberg, 2017).

Das Konzept des "gerechten Übergangs" wird von einer wachsenden Zahl von politischen Parteien, NGOs, Verbänden und Gewerkschaften sowie Umweltorganisationen verwendet. Der Begriff hat seinen Ursprung in der US-Gewerkschaftsbewegung. Ursprünglich wurde er fast ausschließlich von Arbeitnehmern aufgegriffen, die von der Umweltpolitik betroffen sind. Im Laufe der Zeit wurde der Begriff grundlegend erweitert. Es ist vor allem den aktiven Diskussionen der Gewerkschaften zu verdanken, dass das Konzept des „gerechten

Übergangs“ (engl.: "Just Transition") im Laufe der Jahre entwickelt und verfeinert wurde, um den Übergang zu einer grünen Wirtschaft sowohl ökologisch als auch sozial nachhaltig zu gestalten (Stavis & Felli, 2015). Heute steht der Begriff für sozialen und ökologischen Wandel in einem allgemeineren Sinne - nicht nur im Bereich des Konsums, sondern auch in der Produktion. Zunehmend wird dieser Begriff auch zum Gegenstand wissenschaftlicher Studien. Er entspricht weitgehend einer Verschmelzung der wissenschaftlichen Debatte über die Begriffe "Gerechtigkeit" und "Übergang".

In unserem Papier wollen wir politische Maßnahmen für eine "Just Transition"-Governance auf der Grundlage einer Fallstudie aufzeigen, die im rheinischen Braunkohlerevier in Deutschland durchgeführt wurde. Methodisch wurde die Anwendung von halbstrukturierten Leitfadenterviews gewählt. Es wurden in einem explorativen Ansatz sechs Experteninterviews mit Bürgerinitiativen, Gewerkschaften und Vertretern des Landes Nordrhein-Westfalen durchgeführt. Die Ergebnisse zeigen z.B. den Bedarf an politischen Maßnahmen in verschiedenen Bereichen auf: Während für die Beschäftigten der etablierten Unternehmen der Braunkohleindustrie eine Variation von Förderpolitiken im Entstehen begriffen ist, gibt es kaum Förderpolitiken für Beschäftigte von Subunternehmern. Letztere sind daher einem hohen Risiko ausgesetzt, durch den Ausstieg aus der Kohleförderung ihren Arbeitsplatz zu verlieren. Die Interviews zeigten auch, dass im rheinischen Braunkohlerevier aufgrund des geltenden Bergbaugesetzes Land zu einer knappen Ressource werden könnte. Der Rahmen des akteurszentrierten Institutionalismus wird genutzt, um Governance-Ansätze abzuleiten, die den Bedürfnissen der verschiedenen Interessengruppen entsprechen.

KEYWORDS

Just transition, climate justice, energy justice, structural economic change. low carbon economy

REFERENCES

- Mustata, A. (2017). *Eight steps for a just transition* [Guide].
<https://bankwatch.org/publication/guide-eight-steps-for-a-just-transition>
- Rosemberg, A. (2010). Building a Just Transition: The linkages between climate change and employment. *International Journal of Labour Research*, 2(2).
- Rosemberg, A. (2017). *Strengthening Just Transition Policies in International Climate Governance* (policy analysis brief). Stanley Center for Peace and Security.
<https://stanleycenter.org/publications/strengthening-just-transition-policies-in-international-climate-governance/>
- Stavis, D., & Felli, R. (2015). Global labour unions and just transition to a green economy. *International Environmental Agreements: Politics, Law and Economics*, 15(1), 29–43.
<https://doi.org/10.1007/s10784-014-9266-1>